

Eingegangen

11. März 2015

BFE / OFEN / UFE

EKZ, Postfach 2254, 8022 Zürich

**Einschreiben**  
Bundesamt für Energie  
Sektion NE

3003 Bern

Zustellung vorab per Email an:  
strategie-stromnetze@bfe.admin.chZuständig Claudio Maag  
Datum 10. März 2015**Vernehmlassung Strategie Stromnetze**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) nutzen die Gelegenheit, zu der im Titel genannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen.

Die EKZ werden durch das EKZ-Gesetz vom 19. Juni 1983 beauftragt, den Kanton Zürich – ausgenommen das Gebiet der Stadt Zürich – wirtschaftlich, sicher und umweltgerecht mit elektrischer Energie zu versorgen. In diesem Zusammenhang begrüssen wir im Allgemeinen die Stossrichtungen der Strategie Stromnetze.

**I. Allgemeine Bemerkungen**

Als einer der grössten Verteilnetzbetreiber der Schweiz hätten wir mit der Strategie Stromnetze vor allem für Netzbetreiber mit Netzanlagen auf den Netzebenen 5 bis 7 umfangreichere Anpassungen über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen erwartet. Die Planvorlageverfahren für Infrastrukturbauten und Kabelleitungen bis 36 kV sollten zeitnah vereinfacht werden. Die Verfahren gelten gegenwärtig einheitlich für alle Hochspannungsanlagen. Heute werden Infrastrukturbauten bis 36 kV – insbesondere Transformatorenstationen – in Fertigbauweise errichtet, sind typengeprüft und entsprechen den einschlägigen Normen. Folglich wäre es naheliegend, wenn sich das Eidgenössische Starkstrominspektorat auf eine stichprobenweise Überprüfung beschränken würde und die Bewilligungen nur noch nach baugesetzlichen Rahmenbedingungen zwischen Ersteller, Grundeigentümer und Baubehörden erfolgen. Diese Tatsache wurde in vorliegender Vernehmlassungsvorlage nicht berücksichtigt. Damit dauern Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen bis 36 kV auch in Zukunft deutlich länger als die Bewilligungsfristen für den Bau von Energieerzeugungsanlagen aus erneuerbaren Energien. Letztendlich wird damit ein rascher Zubau von Produktionsanlagen aus erneuerbaren Energien weiterhin behindert.

Des Weiteren haben wir festgestellt, dass in den gesetzlichen Anpassungen dieser Vorlage eine Unterscheidung zwischen Anlagen von Verteilnetzen mit nationalen und überregionalen

Interessen und den übrigen Anlagen von Verteilnetzen nicht schlüssig ist. Nach Auffassung der EKZ können Anlagen von Verteilnetzen der Netzebene 5 bis 7 für das Beimetzen von nationalen und überregionalen Interessen ausgeschlossen werden. In diesem Zusammenhang sollten die gesetzlichen Vorgaben zu den Mehrjahresplänen und Planungsgrundsätzen präzisiert und nur soweit wie unbedingt notwendig verfasst werden, für alle Netzbetreiber der Netzebene 5 bis 7 gleichermassen verbindlich sein, um so die Planungskompetenzen und Handlungsfreiheiten der betroffenen Verteilnetzbetreiber nicht weiter einzuschränken. Bitte beachten Sie dazu unsere weiteren Ausführungen.

## **II. Zu den Gesetzesvorlagen**

### **1. Stromversorgungsgesetz (StromVG)**

#### **Artikel 9b StromVG: Mehrjahrespläne**

##### Antrag

Artikel 9b Abs. 1 StromVG lautet wie folgt:

Die Netzbetreiber der Netzebene 1 bis 3 erstellen basierend auf dem Szenariorahmen und entsprechend dem weiteren Bedarf für ihr Netzgebiet einen auf zehn Jahre ausgelegten Entwicklungsplan (Mehrsjahresplan) und legen diesen innerhalb von neun Monaten nach Genehmigung des letzten Szenariorahmens durch den Bundesrat der ElCom zur Prüfung vor.

##### *Begründung*

Eine Prüfung der Mehrjahrespläne auf den Verteilnetzebenen 5 bis 7 beurteilen wir als unverhältnismässig. Auch wenn in den heute gültigen Ausführungsbestimmungen mit Art. 6 Abs. 1 StromVV Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV und weniger von der Pflicht zur Erstellung von Mehrjahresplänen befreit sind, ist eine Befreiung auf Gesetzesstufe festzulegen.

#### **Artikel 9c StromVG: Festlegung Einspeisepunkt**

##### Antrag

Artikel 9c StromVG lautet wie folgt:

<sup>1</sup> Die Netzbetreiber legen die Ein- und Ausspeisepunkte für neue Anlagen auf der Basis von öffentlich zugänglichen Planungsdaten zur zukünftigen Entwicklung von Produktion und Verbrauch fest.

<sup>2</sup> In der Regel ist derjenige Punkt auf dem bestehenden oder zukünftigen Netz als Ein- und Ausspeisepunkt festzulegen, welcher den technisch und wirtschaftlich günstigsten Anschluss ermöglicht.

*Begründung*

Diese gesetzliche Vorgabe zur Festlegung von Einspeisepunkten gilt gleichermassen auch für Ausspeisepunkte.

**Artikel 9d StromVG: Grundsätze für die Netzplanung**Antrag

Artikel 9d StromVG lautet wie folgt:

<sup>1</sup> Die Netzbetreiber legen die Grundsätze fest, die bei der Netzplanung anzuwenden sind.

<sup>2</sup> Bei der Festlegung der Grundsätze ist namentlich zu berücksichtigen, dass das Netz in der Regel nur dann auszubauen ist, wenn die Gewährleistung eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Netzes während des gesamten Planungshorizontes nicht durch eine Optimierung oder Verstärkung erreicht werden kann.

<sup>3</sup> Die ElCom kann Minimalanforderungen festlegen.

*Begründung*

Das NOVA-Prinzip kann nach Ihren Ausführungen auf allen Netzebenen angewandt werden. Verschiedene Massnahmen unterscheiden sich aber in Rang- und Reihenfolge für die einzelnen Netzebenen. Wir erachten es als ausreichend, dass die Branche wie bisher nach dem Subsidiaritätsprinzip Planungsgrundsätze festlegen kann. Eine Veröffentlichung der Grundsätze für die Netzplanung jedes einzelnen Netzbetreibers – auch mit der Möglichkeit, dass die ElCom Ausnahmen von der Pflicht zur Veröffentlichung vorsehen kann – lehnen die EKZ dezidiert ab.

**Artikel 9e StromVG: Koordination der Planung**Antrag

Artikel 9e StromVG lautet wie folgt:

<sup>1</sup> [gemäss Vernehmlassungsvorlage]

<sup>2</sup> Die nationale Netzgesellschaft berücksichtigt für die Planung des Übertragungsnetzes und die damit zusammenhängende Bedarfsermittlung die Planung der Betreiber der Übertragungsnetze der Nachbarstaaten und die Planung der Betreiber der schweizerischen Verteilnetze der Netzebene 3 sowie Kraftwerke, die auf der Netzebene 1 bis 3 angeschlossen sind. Sie zieht die Kantone und weitere Betroffene angemessen mit ein.

<sup>3</sup> [ersatzlos streichen]

*Begründung*

Da der Begriff „Verteilnetz mit hoher Spannung“ gesetzlich nicht definiert ist, wohl aber die Netzebene 3 gemeint ist, empfehlen wir die gesetzlichen Abfassungen auf den Begriff Netzebene abzustellen. Dasselbe gilt auch für weitere Nennungen dieses Begriffs. Darüber hinaus sind gemäss dem erläuterten Bericht auch die Betreiber von grossen Kraftwerken angemessen ein-

zubeziehen. Der Art. 9e Abs. 3 kann mit Berücksichtigung unseres Antrags zu Art. 9b Abs. 1 StromVG ersatzlos gestrichen werden.

## **Artikel 9f StromVG: Öffentlichkeitsarbeit**

### Antrag

Artikel 9f Abs. 2 StromVG lautet wie folgt:

Die Kantone informieren die Öffentlichkeit über die wichtigen regionalen Aspekte der Netzentwicklung der Netzebenen 1 bis 3 in ihrem Kantonsgebiet; hierzu kann der Bund mit den Kantonen Leistungsvereinbarungen abschliessen.

### *Begründung*

Die Öffentlichkeit ist insbesondere über Netzentwicklungen von nationalem und überregionalem Interesse zu informieren. Nach unserem Verständnis sind davon die Verteilnetze der Netzebene 5 bis 7 ausgenommen.

## **Artikel 15 StromVG: Anrechenbare Kosten**

### Antrag

Artikel 15 StromVG lautet wie folgt:

<sup>1</sup> Als anrechenbare Kosten gelten die Betriebs- und Kapitalkosten eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Netzes. [3. Satz an 2. Stelle verschoben] Sie beinhalten einen angemessenen Betriebsgewinn. Die Betriebs- und Kapitalkosten intelligenter Mess- und Steuersysteme gelten stets als anrechenbare Kosten.

<sup>1bis</sup> Kapital- und Betriebskosten von innovativen Massnahmen für intelligente Netze sind anrechenbar.

<sup>2</sup> [geltendes Recht unverändert belassen]

<sup>3</sup> [geltendes Recht unverändert belassen]

<sup>3bis</sup> [ersatzlos streichen]

### *Begründung*

Intelligente Mess- und Steuersysteme sind anrechenbar solange der Grundsatz eines sicheren und leistungsfähigen Netzes nach Art. 8 Abs. 1a StromVG erfüllt ist. Gleiches gilt für Kapital- und Betriebskosten von innovativen Massnahmen für intelligente Netze, mit der Artikel 1<sup>bis</sup> die Anrechenbarkeit gesetzlich verankern soll. Die Art. 15 Abs. 2 und Art. 15 Abs. 3 nach geltendem Recht sind nach Auffassung der EKZ ausreichend. Der Art. 15 Abs. 3<sup>bis</sup> ist nach unserer Auffassung nicht notwendig. Der Bundesrat ist für den Erlass der erforderlichen Ausführungsbestimmungen bereits nach dem geltenden Recht zuständig (vgl. Art. 30 Abs. 2 StromVG).

## 2. Elektrizitätsgesetz (EleG)

### Artikel 15c EleG:

#### Antrag

Artikel 15 EleG lautet wie folgt:

<sup>1</sup> Eine Leitung des Verteilnetzes der Netzebenen 5 bis 7, die neu erstellt, ersetzt oder ausgebaut wird, ist als Erdkabel auszuführen, sofern dies technisch, wirtschaftlich und aus Sicht der Versorgungssicherheit möglich ist.

Eine Leitung des Verteilnetzes der Netzebene 3, die neu erstellt, ersetzt oder ausgebaut wird, ist als Erdkabel auszuführen, sofern dies technisch und aus Sicht der Versorgungssicherheit möglich ist und die durch die Erdverkabelung entstehenden Kosten im Vergleich zur Erstellung einer neuen beziehungsweise Veränderung einer bestehenden Freileitung einen bestimmten Faktor (Mehrkostenfaktor) nicht übersteigen.

<sup>2</sup> Der Mehrkostenfaktor auf den Netzebenen 1 bis 3 beträgt höchstens 4.0. Der Bundesrat legt den Mehrkostenfaktor fest. Er berücksichtigt dabei Kriterien wie namentlich die Änderung des Verkabelungsgrades, die Auswirkungen auf die Netznutzungsentgelte, die Entwicklung der Technologien und die Kosten für die Erdverkabelung. Der Bundesrat kann den Mehrkostenfaktor jeweils zeitgleich mit der Genehmigung eines neuen Szenariorahmens gemäss Art. 9a Abs. 3 StromVG anpassen.

<sup>3</sup> [ersatzlos streichen]

<sup>4</sup> [ersatzlos streichen]

#### *Begründung*

Die Leitungen der Verteilnetzebenen 5 bis 7 sind grundsätzlich zu verkabeln. Damit entfallen auch zukünftige Forderungen nach einer spezifischen Festlegung eines Mehrkostenfaktors für Verteilnetzebenen 5 bis 7. In begründeten Fällen – wie zum Beispiel fehlende Wirtschaftlichkeit oder mangelnde Versorgungssicherheit – sind Freileitungen zulässig. Darüber hinaus wurde der Begriff „erneuert“ ersatzlos gestrichen. Eine Instandsetzung, zum Beispiel das Wechseln einzelner Strommasten, darf nicht dazu führen, dass die Leitung oder Abschnitte davon als Erdkabel auszuführen sind. Eine Erhöhung des Mehrkostenfaktors Netzebene 1 bis 3 auf 4.0 erhöht die Anreize, die Leitungen auf der Netzebene 3 als Erdkabel auszuführen. Damit wird eine Vielzahl von hängigen Plangenehmigungsverfahren beschleunigt. Die Bereitschaft der Bevölkerung, bedingt durch Verkabelungen insbesondere auf der Netzebene 3, höhere Netzkosten zu tragen ist vorhanden. Mit der Streichung von Art. 15 Abs. 3 und Art. 15 Abs. 4 kann auf eine eindeutig zu definierende Ausnahmeregelung in den Ausführungsbestimmungen verzichtet werden. Damit werden mögliche Einsprachen, bei Freileitungsprojekten mit Forderung nach Verkabelung oder von Ex-Post Beurteilungen der ElCom mit fehlender Anerkennung von Mehrkosten für Verkabelung, vermieden.

## **Artikel 15d EleG:**

### Antrag

Artikel 15d Abs. 3 EleG lautet wie folgt:

Der Bundesrat kann einzelnen Anlagen von Verteilnetzen der Netzebene 3 ebenfalls nationales Interesse beimessen, wenn sie für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit von einzelnen Landesteilen oder von national bedeutenden Infrastrukturen zwingend erforderlich sind oder Produktionsanlagen anschliessen, die ihrerseits von nationalem Interesse sind.

### *Begründung*

Da der Begriff „Verteilnetz mit hoher Spannung“ gesetzlich nicht definiert ist, wohl aber die Netzebene 3 gemeint ist, empfehlen wir die gesetzlichen Abfassungen auf den Begriff Netzebene abzustellen. Dasselbe gilt auch für weitere Nennungen dieses Begriffs. Ferner können Verteilnetze der Netzebene 5 für das Beimessen von nationalen und überregionalen Interessen ausgeschlossen werden.

## **Artikel 26a EleG:**

### Antrag

Artikel 26a EleG ist ersatzlos zu streichen.


### *Begründung*

Die gegenwärtigen gesetzlichen Auflagen (Dokumentationspflicht) sind mit Art. 62 LeV und Art. 14 Abs. 1 VPeA ausreichend. Mit Art. 26a EleG würde ein hoher und nicht zu rechtfertigender Aufwand geschaffen ohne erkennbaren Mehrwert.

Für die Berücksichtigung und Weiterbearbeitung unserer Anregungen bedanken wir uns im Voraus. Für allfällige Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Elektrizitätswerke des Kantons Zürich

  
Karl Resch  
Leiter Regulierungsmanagement

  
Claudio Maag  
Regulierungsmanager





10.03.15

005.30

CH-8022  
Zürich

R Suisse

739669



**DIE POST**



EKZ, Postfach 2254, 8022 Zürich

**Einschreiben**  
Bundesamt für Energie  
Sektion NE

3003 Bern

Zustellung versch. an Empfänger